

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	264
		TOP:	3
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	21.07.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Kuhn		
Berichterstattung:	BM Pätzold		
Protokollführung:	Frau Schmidt / pö		
Betreff:	Photovoltaik-Ausbau - Vorschlag PV Fassade am Rathausturm - weiteres Vorgehen - Antrag Nr. 201/2020 v. 27.05.2020 (CDU) - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

OB Kuhn ruft die Vorgeschichte dieses Tagesordnungspunktes in Erinnerung (siehe dazu AKU 15.05.2020, NNr. 14). Es sei bekannt, dass Photovoltaik(PV)-Anlagen in Fassaden ein hohes Zuwachspotenzial hätten. Bei dieser Thematik sei die Stadt Stuttgart schlecht aufgestellt. Daher wolle man faktisch und symbolisch mit einem innovativen Projekt vorangehen, um die Möglichkeiten aufzuzeigen.

BM Pätzold berichtet im Sinne der Präsentation. Zu Folie 9 ergänzt er, PV-Anlagen an Fassaden seien diffiziler als an Dächern, denn hier gebe es noch einen großen Forschungsbereich. Um die Klimaziele des Übereinkommens von Paris einhalten zu können, müssten 28 % der Oberfläche bestehender Gebäude mit PV belegt werden. Dies

bedeute, es müsse offensiv über Fassaden-PV gesprochen werden. Die Anlage am Rathaus solle als Vorbild dienen.

StR Dr. Vetter (CDU) betont, seine Partei sei nicht gegen einen Ausbau der PV in der Landeshauptstadt. Es sei Konsens über alle Fraktionen hinweg, dass PV ein wichtiges Thema sei. Einziger Kritikpunkt sei der Standort am Rathaukturm. Dies sei eine andere Diskussion, für die es wichtig sei, dass der Hausherr daran teilnehme und seinen Standpunkt mitteile. Nicht beantwortet sei die Frage, wie das Denkmalschutzamt zu diesem Projekt stehe. Die Fläche auf dem Rathaukturm sei im Verhältnis zu den anderen Vorhaben in Stuttgart sehr gering. Er stelle daher infrage, ob der Rathaukturm die richtige Grundlage sei, um ein Forschungsprojekt zu initiieren. Er regt an, gemeinsam einen alternativen Standort zu suchen, um dieses Projekt umzusetzen (z. B. Gaskessel, Brücken). Der Rathaukturm sei ein Wahrzeichen dieser Stadt; die Stadtgesellschaft werde sich daran "reiben". Daher lehne er das Vorhaben weiterhin ab.

BM Pätzold weist darauf hin, dass seit der Sanierung des Rathauses dieses nicht mehr unter Denkmalschutz stehe.

Die Gesamteinordnung des Vorhabens ist für StR Peterhoff (90/GRÜNE) sehr wichtig. In Stuttgart würden erst 1 bis 2 % der Flächen für PV genutzt; es gebe einen großen Nachholbedarf. Erfreulicherweise nähmen die Projekte kräftig zu. Es müsse sich davon verabschiedet werden zu sagen, "wir machen nur so viel PV auf's Dach, wie für das Gebäude gebraucht wird". Alle Flächen, also auch Fassaden, müssten genutzt werden. Es sei dargestellt worden, welche Leistung über die PV-Fassade am Rathaus generiert werden könne. Zudem sei das Rathaus der Verbraucher und könne die erbrachte Energie selbst nutzen. Bei Brücken sei dies nicht in dieser Art gegeben. Der Stadtrat empfiehlt, im Eingangsbereich einen Zähler zu installieren, um den Bürgern die entsprechenden Informationen zu liefern. Es dürfe nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Es gebe zu viele Abluftanlagen auf den Gebäuden, die entfernt werden müssten. Die PV-Anlagen selbst behinderten nicht mehr durch Spiegelung; als Beispiel nennt er das ZSW. Das vorgeschlagene Vorgehen begrüßt er. Es dürften nicht alle gestalterisch wichtigen Gebäude ausgeklammert werden, sondern es müssten visuell gut gestaltete Lösungen gefunden werden. Es gehe nicht um ein grünes Symbolprojekt, sondern um die Sichtbarmachung der Energiewende. Die Stadt müsse bei diesem Sachverhalt Vorreiter sein.

Für StR Rockenbach (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) wird nun endlich die Debatte über den dringend benötigten PV-Ausbau in der Stadt geführt. Mit dem Rathaukturm stelle man sich an einem prominenten Standort der Energiewende. Er plädiere jedoch insgesamt für mehr Schwung beim PV-Ausbau durch mehr Personalstellen. Die Stadt müsse schneller und innovativer werden. Aus diesem Grund begrüße er die Beteiligung an einem Forschungsprojekt, um gestalterisch anspruchsvolle Lösungen zu erzielen. Eventuell könne in neue Materialitäten eingestiegen werden. Er halte es für falsch, dieses Projekt von vornherein abzulehnen. Es müssten zuerst die Ergebnisse vorliegen.

Für die bisher geführte Diskussion zur Rathausfassade als PV-Standort äußert StRin Kletzin (SPD) Verständnis. Die Stadt Stuttgart habe eine besondere Aufgabe in der Baukultur, denn sie verfüge über eine der Weltkulturerbestätten. Der heutige Vorschlag sei ein Kompromiss. Es sei wichtig, die Frage nach den Zielen zu stellen. Wenn die Stadt eine Vorbildfunktion einnehmen solle, gebe es Auflagen für die Gestaltung. Das

Rathaus sei zwar ein "Leuchtturm", aber nicht der einzige. Sie plädiert dafür, zukünftig auch Wohn- und gewerbliche Gebäude mit PV auszustatten. Die Vorgehensweise als Pilotprojekt begrüßt die Stadträtin. Nach dem Ergebnis könne geprüft werden, in welcher Ausführung eine Anlage installiert werde. Dies schließe eine Diskussion durch die Stadtgesellschaft mit ein. Bei Neubauten habe die Stadt eine besondere Verpflichtung zur Werbung für PV. Die von Stadtrat Peterhoff vorgeschlagenen Zähler seien dazu besonders geeignet. Wenn neue städtische Gebäude geplant würden, sei zu bedenken, dass öffentliche Gebäude einen Auftrag zur Mitversorgung (beispielsweise für Wohnquartiere) hätten. Zustimmung äußert sie zur Prüfung der Pilotprojekte.

Der Aussage von StRin Kletzin schließt sich StR Serwani (FDP) an. Im Städtebauausschuss sei die PV-Anlage am Rathaukturm kontrovers diskutiert worden. Gleichwohl sei er der Meinung, das Projektergebnis abzuwarten. Zwei weitere Pilotprojekte müssten ebenfalls umgesetzt werden. Das Rathaus sei ein Wahrzeichen der Stadt. Er erwarte gerne die Ergebnisse des Pilotprojektes, und erst danach werde entschieden.

Kritik an einer PV-Anlage auf der Rathausfassade äußert StR Zeeb (FW). PV-Anlagen seien selbstverständlich sinnvoll, "aber nicht wegen ein paar Quadratmetern am Rathaukturm mit einer bis jetzt noch fragwürdigen Ästhetik". Er regt an, ein Modell bauen zu lassen, anhand dessen sich die Bürger ein Bild machen könnten. Bei der Thematik des Denkmalschutzes merkt er an, das Rathaus sei innen umgebaut worden, an der Fassade sei nichts gemacht worden. Er gehe daher davon aus, dass das Rathaus weiter unter Denkmalschutz stehe. Er wünsche keine Alibianlage und lehne den Vorschlag in seiner jetzigen Form ab.

StR Goller (AfD) schließt sich den Ausführungen der StRe Dr. Vetter und Zeeb und StRin Kletzin weitgehend an. Es werde kein Forschungs-, sondern ein Leuchtturmprojekt angestrebt. Der Ausbau der PV werde fraktionsübergreifend positiv gesehen, er plädiere jedoch dafür, zunächst effizientere Mittel zu nutzen und Effizienz gegen Nachteile abzuwägen. Mit diesem Projekt werde ein Wahrzeichen verschandelt. Wenn am Rathaus reflektierende Platten angebracht werden sollten, müsse entweder viel Geld in maßgeschneiderte Lösungen investiert oder mit einem "Flickenteppich", wie er von Dachern bekannt sei, gelebt werden. Es müssten in einem Pilotprojekt zunächst die Auswirkungen auf das Umfeld geprüft (Lichtemissionen) und Risiken ausgeräumt werden. Dieses Experiment dürfe nicht in der Innenstadt durchgeführt werden, denn die Stuttgarter Bürger seien keine "Laborratten". Wenn alle Bedenken ausgeräumt seien, könne über eine optisch ansprechende Lösung für den Rathaukturm nachgedacht werden.

Auf die selbst gesetzten Klimaschutzziele der Stadt weist StRin Königeter (PULS) hin. Die erstmalige optische Darstellung der PV-Anlage am Rathaukturm sei in der Tat nicht optimal gewesen. Es müsse sich nun auf die gestalterischen Lösungen konzentriert werden. Bei einer guten Umsetzung könne die Stadt als gutes Beispiel vorangehen und gestalterische Vorurteile abbauen. Insofern begrüße sie die vorgeschlagene Vorgehensweise. Zusätzlich sollten weitere Standorte, nicht nur Brücken, für PV genutzt werden. Die Installation eines Zählers sei sinnvoll, bedürfe aber einer leicht verständlichen Darstellungsweise von Produktion und Verbrauch der Energie.

OB Kuhn erläutert die Abstimmungslage mit dem Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion und dem Vorschlag der Verwaltung. Dazu werde er eine Abstimmung herbeiführen. Die Kritik von StR Goller, es handle sich um eine Verschandelung und mache die Bürger zu Laborratten, weist der Vorsitzende vehement zurück. Mit dem heutigen Vorschlag solle

eine breite Diskussion in der Stadt angestoßen werden über die Frage, an welchen Standorten fassadenintegrierte PV möglich sei. Der Lenkungskreis Energie habe dafür ein Pilotprojekt vorgeschlagen, das die ästhetisch-technische Umsetzung zeige, aber auch eine symbolische Ausstrahlungskraft biete. Bei Pilotprojekten dürfe grundsätzlich nicht mit einer maximalen Effizienzrechnung der innovative Charakter infrage gestellt werden. Es gebe in Stuttgart sicherlich effizientere Standorte, die symbolische Wirkung am Rathausturm dürfe aber nicht unterschätzt werden. Es gehe um die Frage, wie PV optisch ansprechend, mit großer Wirkung und hoher Akzeptanz umgesetzt werden könne.

StR Dr. Vetter wünscht getrennte Abstimmung über das weitere Vorgehen und die Standorte für die Pilotprojekte (Rathaus und zwei weitere).

StR Goller bedauert, wenn die Diskussion unsachlich werde. Er selbst sei nicht von Spiegelungseffekten betroffen. Bei der Wortwahl "Verschandelung eines Wahrzeichens" habe er andere Kollegen des Rates zitiert. Vermutlich verwechsle OB Kuhn Pilot- und Leuchtturmprojekte. Bei erstem werde geprüft, wie etwas technisch umgesetzt werden könne. Ein Leuchtturmprojekt hingegen habe eine symbolische Wirkung. Es müsse erst ein Pilotprojekt abgeschlossen werden, bevor es nach positiver Bewertung als Leuchtturmprojekt am Rathaus zum Einsatz komme. Er stimme daher der Aussage von StR Dr. Vetter zu.

An StR Goller gerichtet erklärt StR Peterhoff, die PV-Anlage sei entspiegelt. Dies sei den Unterlagen zu entnehmen.

OB Kuhn lässt zunächst über die Teilnahme der Stadt Stuttgart am Verbundprojekt abstimmen und stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt einer Teilnahme einmütig zu.

Des Weiteren stellt der Vorsitzende den Standort Rathausturm zur Abstimmung und stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt bei 11 Ja- und 5 Gegenstimmen dem Standort Rathausturm mehrheitlich zu.

Zur Beurkundung

Schmidt / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
Klimaschutz
 3. Referat WFB
Liegenschaftsamt (2)
Stadtkämmerei (2)
 4. BVin Mitte
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS